

Bewegungseinschränkende Massnahmen: Musterkonzept

Grundsatz	Die Einrichtung verfügt über konzeptionelle Grundlagen für den Umgang mit freiheitsbeschränkenden Massnahmen.
Inhalt	Minimalstandards
Definierter Entscheidungsprozess	<ul style="list-style-type: none"> • Der Entscheidungsweg betreffend die Anwendung von bewegungseinschränkenden Massnahmen ist schriftlich festgehalten und die dafür verantwortlichen internen und externen Stellen sind konkret benannt. • Der Entscheidungsweg berücksichtigt den Unterschied zwischen planbaren (= im Behandlungsplan) und Massnahmen in Notfallsituationen. • Der Entscheidungsweg berücksichtigt den Unterschied zwischen urteilsfähigen und urteilsunfähigen betroffenen Personen.
Entscheidungszuständigkeit	<ul style="list-style-type: none"> • Das Konzept legt verbindlich die Zuständigkeit für die Anordnung von bewegungseinschränkenden Massnahmen fest. • Es ist zu unterscheiden zwischen der Notfall und der ordentlichen Zuständigkeit.
Entscheidungskriterien	<ul style="list-style-type: none"> • Das Konzept beinhaltet Kriterien, anhand welcher die folgenden Aspekte erfolgen können: <ul style="list-style-type: none"> • eine sorgfältige Abwägung der Verhältnismässigkeit (Lebensqualität, Freiheit und Risiken) der bewegungseinschränkenden Massnahmen • die Prüfung von Handlungsalternativen • die Ermittlung der Einwilligung bei Kommunikationseinschränkungen.
Handlungsanleitung	<ul style="list-style-type: none"> • Für die Anwendung von bewegungseinschränkenden Massnahmen bestehen verbindliche Richtlinien. • Diese Richtlinien beinhalten auch Aussagen zur deeskalierenden Vorgehensweise.
Dokumentation	<ul style="list-style-type: none"> • Das Konzept legt fest, wie, wo und durch wen bewegungseinschränkende Massnahmen protokolliert werden.
Information	<ul style="list-style-type: none"> • Das Konzept enthält Anforderungen an die Information (wie, wann, was, wer) <ol style="list-style-type: none"> a) der betroffenen Person, b) des/der gesetzlichen Vertreters/in oder der vertretungsberechtigten Person und/oder c) der Vertrauensperson über <ul style="list-style-type: none"> • das Vorgehen im konkreten Fall • den Inhalt und die Konsequenzen der Massnahmen • die Prüfung von weniger eingreifenden Alternativen • die zur Verfügung stehenden Rechtsmittel • das Einsichtsrecht
Prävention	<ul style="list-style-type: none"> • Das Konzept sieht Massnahmen zur Prävention vor, <ul style="list-style-type: none"> • welche die Sensibilisierung von betroffenen Personen und Mitarbeitenden beinhalten • welche den regelmässigen Austausch der Mitarbeitenden zur Analyse des Umgangs mit bewegungseinschränkenden Massnahmen zum Ziel haben.
Ausbildung und Weiterbildung von Mitarbeitenden	<ul style="list-style-type: none"> • Das Konzept hält fest, wie die Mitarbeitenden für die Entscheidung und Anwendung von bewegungseinschränkenden Massnahmen geschult werden.

Aufklärung der Klienten/ Klientinnen	<ul style="list-style-type: none"> • Das Konzept hält fest, wie die Klientinnen/Klienten bei ihrem Eintritt über bewegungseinschränkende Massnahmen sowie ihre Rechte informiert werden. • Das Konzept hält fest, wie die Klientinnen/Klienten befähigt werden, bewegungseinschränkende Massnahmen zu erkennen und zu wissen, welche Handlungsmöglichkeiten und Rechte ihnen dabei zustehen.
Kontrolle	<ul style="list-style-type: none"> • Es ist festgelegt, auf welche Weise und durch wen eine bewegungseinschränkende Massnahme überprüft wird und wer diese Überprüfung einfordern kann. • Bei länger andauernden Massnahmen erfolgt mindestens alle drei Monate eine Überprüfung. • Jede durchgeführte Überprüfung wird dokumentiert.
Konzeptüberprüfung	<ul style="list-style-type: none"> • Der Konzeptinhalt entspricht den gesetzlichen Grundlagen. • Der Konzeptinhalt wird mindestens alle zwei Jahre überprüft und den neusten Entwicklungen angepasst. • Das Konzept enthält Aussagen zur Definition, Prävention, Anwendung, Information und Reflexion von bewegungseinschränkenden Massnahmen. • Das Konzept legt die Einbindung ins Qualitätsmanagement dar.